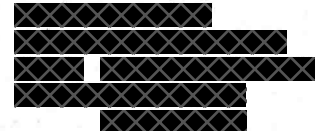




Herrn
Bundeskanzler Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Aktionsbüro:

Stadt Solingen
Bonner Str. 100
42697 Solingen



Solingen, den 15.04.2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir schreiben Ihnen heute als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte, Kämmerinnen und Kämmerer. Wir erleben in den Kommunen, in denen wir Verantwortung tragen, eine finanzielle Notlage, wie es sie noch nie gab.

Die am 1. April veröffentlichte Kassenstatistik zeigt, dass in den Haushalten der Städte, Kreise und Gemeinden im vergangenen Jahr 31,9 Milliarden Euro fehlten. Auf diesen Wert ist das Defizit in atemberaubendem Tempo in nur drei Jahren gestiegen. Das betrifft uns als finanzschwache Kommunen besonders, aber auch fast alle anderen Mitglieder der kommunalen Familie. Städte oder Gemeinden, die nicht mit massiv steigenden Schulden zu kämpfen haben, sind leider inzwischen die absolute Ausnahme.

Es ist fünf nach zwölf. Wir verlieren jeden Tag ein Stück unserer Handlungsfähigkeit – und zugleich ein Stück des Vertrauens unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir erleben zum Beispiel, dass Schülerinnen und Schüler in der Pause nach Hause gehen, um dort die Toilette zu benutzen, weil die Toiletten in ihren Schulen in einem unhaltbaren Zustand sind. Wir haben Schlaglöcher in unseren Straßen, die wir seit vielen Jahren kennen, die immer tiefer werden, die wir aber nicht beseitigen können.

Es ist kein Zufall, dass Populisten und Extremisten besonders dort starke Wahlergebnisse verbuchen, wo die kommunale Finanznot am größten ist. Es gibt einen direkten, auch wissenschaftlich nachgewiesenen Zusammenhang zwischen der Haushaltslage einer Kommune und der Neigung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zur extremistischen Stimmabgabe.

Der Betrag von 31,9 Milliarden Euro hat einen einzigen Vorteil: Wir alle wissen damit, wie groß das strukturelle Defizit ist. Die 31,9 Milliarden Euro sind exakt die Summe, die den Kommunen grundsätzlich fehlt, sie bildet exakt das Ausmaß der Unterfinanzierung ab. Damit haben wir einen präzisen Anhaltspunkt für die Umkehr der Notlage.

Wir erfahren in Berlin und den Landeshauptstädten viel Verständnis für unsere Situation, aber wir bekommen nicht die Hilfe, die wir brauchen. Bund und Länder sind jetzt gefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Kommunen eine Netto-Entlastung in Höhe von knapp 32 Milliarden Euro pro Jahr erhalten. Das Gegeneinander der beiden staatlichen Ebenen, das wir immer wieder in unseren Gesprächen wahrnehmen, muss ein Ende finden. Alle Ebenen sind nun in der Pflicht zusammenzuarbeiten, um Städten, Gemeinden und Kreisen zu helfen.

Darum bitten wir Sie alle mit diesem Schreiben.

Mit kommunalen Grüßen

